

*Kommunist sein, bedeutet
kühn sein, denken, wollen, wagen!*

W. W. MAJAKOWSKI



Ausgabe 63 - Februar 2021

Inhalt

Sind Menschenrechte teilbar?	1
Wie tickt Die Linke?	3
Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten	6
In eigener Sache	7

Sind Menschenrechte teilbar?

Von Brigitte Dornheim

Regelmäßig rege ich mich dann auf, wenn morgens gegen 10.00 Uhr im Radio, in MDR Thüringen, eine Art evangelische Morgenpredigt gehalten wird. Dann sage ich oft zu Reiner, dass es doch eigentlich eine Trennung von Kirche und Staat, also auch von Kirche und öffentlich-rechtlichem Rundfunk, für den wir ja auch Gebühren zahlen müssen, gibt. Aber am Dienstag dieser Woche war es anders. Die Worte des evangelischen Pfarrers, ich glaube aus Eisenach, enthielten eine harsche Gesellschaftskritik. Er sprach davon, dass die Zahl derer, die aus den armen

Ländern dieser Welt nach Europa kommen immer mehr abnimmt und dies von vielen Bürgern in Europa begrüßt wird. Er sprach von verabscheuungswürdigen Vorgängen, die er als Ursache für den Rückgang der Zahlen ansah. Dies sei einmal die Tatsache, dass durch polizeiliche Eingriffe Menschen in Not zurück auf die offene See getrieben werden. Das passiert vor allem an den Küsten des Mittelmeeres. Es sind Menschen, die der Armut in ihren Ländern entfliehen wollen und ihre ganze Hoffnung auf die EU setzen, die Europäische Union, in deren Grundrechtecharta von der

Würde des Menschen und von den unumstößlichen Menschenrechten die Rede ist. Diese Praxis ist so wenig mit den ständig laut gelobten Menschenrechten vereinbar, so der Pfarrer, wie die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern auf den italienischen und griechischen Inseln. Mit den Bildern aus den Lagern, so der Pfarrer, sollen Menschen davon abgehalten werden, den Weg ins „reiche Europa“ zu wagen.

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas gibt es Regierungsparteien, die das C für christlich in ihrem Namen tragen. Die Verstöße gegen die stets feierlich verkündeten Menschenrechte geschehen im Auftrag dieser Parteien und derer, die hinter ihnen stehen, im Auftrag der Banken und Konzerne, in deren Interesse Kriege geführt werden und in deren Interesse Millionen von Lohnsklaven in den Entwicklungsländern trotz harter Arbeit unter menschenverachtenden Bedingungen ein Leben in Elend führen müssen. Die Kriege und das Elend sind die Ursachen der Flucht, von der sich die stärksten dieser Menschen, denn die anderen sind dazu nicht in der Lage, ein besseres Leben in Europa erhoffen.

Diejenigen, die dies jetzt lesen, werden sagen, dass sie das alles wissen. Deshalb möchte ich meine Überlegungen noch weiterführen.

Was mussten wir uns über Wochen anhören, welche schlimmen Menschenrechtsverstöße im Russland Putins und im Weißrussland Lukaschenkos geschahen und geschehen. Viele Menschen in Deutschland, auch politisch gebildete, wenn man das so bezeichnen will, gehen den Stories eines Nawalny, einer Tichanowskaja und anderer sogenannter Menschenrechtsaktivisten auf den Leim. Der arme Nawalny,

der nur knapp einem Giftanschlag mit russischem Giftstoff entging und dann, Gott sei Dank, mit Putins Erlaubnis nach Deutschland fliegen durfte und dort geheilt wurde! Und dann flog der Menschenrechtsverteidiger nach Russland zurück, um sich zum Märtyrer zu machen. Dies scheint misslungen zu sein, denn seine verbalen Angriffe auf einen Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges wurden zu einem Angriff auf das, was den meisten Russen heilig ist, auf die Erinnerung an die Helden der Befreiungsmission der Roten Armee. Damit demaskierte er sich selbst vom Menschenrechtler zum faschistischen Hetzer. Solche armseligen Typen wie Nawalny, der Schönling, und die schönen, das Herzzeichen in die Westkamas haltenden belarussischen Menschenrechtsverteidigerinnen müssen natürlich von den Ländern, in denen die EU-Grundrechtecharta gilt, tatkräftig und vor allem finanziell unterstützt werden. Am wirkungsvollsten, so glauben maßgebliche EU-Politiker, geht dies mit militärischen und politischen Drohungen und vor allem mit Sanktionen. Diese Sanktionen umfassen auch lebenswichtige Medikamente und Medizintechnik, Nahrungsmittel und viele andere Produkte, die für das Leben der Menschen in den mit Sanktionen belegten Ländern wichtig sind. Neben Russland stehen auch das sozialistische Cuba, Venezuela, der Iran und andere Länder, die sich der Knute des US-Imperialismus und der imperialistischen EU-Staaten verweigern. Die Heuchelei der kapitalhörigen Politiker, Medien und sogenannter Historiker ist für Marxisten und für Linke unterschiedlicher Couleur kaum zu ertragen.

Im Blog von „Saschas Welt“ bedankte ich mich neulich mit folgenden Worten für ein Engels-Zitat, das aus der Schrift des Frei-

denkerverbandes „Gegen Volksverdummung und die Zerstörung der Vernunft – Für Aufklärung“ stammte.

Für mich ist das ein sehr aufschlussreiches Zitat, das ich bisher noch nicht kannte. Gut, weil ich mir als Geschichtslehrerin die Frage nach den Motiven der Geschichtsklitterer schon oft stellte. Engels Antwort ist meiner Meinung nach eindeutig und nicht zu widerlegen.

Ich weiß noch, wie empört ich war, als ich von dem 2012 erschienen Sachbuch „Die Schlafwandler – wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ des australischen Historikers Christopher Clark las. Jeder, der dem DDR-Geschichtsunterricht aufmerksam folgte, hat sofort Gegenargumente zu diesen bedauernswerten Schlafwandlern, die ja den Krieg eigentlich gar nicht wollten, zur Hand. Ich erinnere nur an die Losung vom „Platz an der Sonne“, mit welcher der deutsche Imperialismus seine Aufrüstung,

seine Kriegstreiberei und dann schließlich das Zünden des Brandes begründete. Seitdem habe ich mich unzählige Male über neue Blüten der bürgerlichen bzw. neoliberalen Geschichtsdarstellung aufgeregt und dieses Aufregen wird wohl kein Ende finden.

„Die Bourgeoisie macht alles zu einer Ware, also auch die Geschichtsschreibung. Es gehört zu ihrem Wesen, zu ihren Existenzbedingungen, alle Waren zu verfälschen: sie verfälscht die Geschichtsschreibung. Und diejenige Geschichtsschreibung wird am besten bezahlt, die im Sinne der Bourgeoisie am besten verfälscht ist.“

Quelle:

Friedrich Engels, Material for the History of Ireland. Aus den Fragmenten zur „Geschichte Irlands“, 1870 – MEW Bd. 16, S. 499-500

Wie tickt Die Linke?

Von Reiner Kotulla

Zuerst eine kurze Beschreibung des gegenwärtigen Kapitalismus wie er im Programm unserer Partei definiert ist:

„(...) der monopolistische Kapitalismus als ökonomischer Kern des Imperialismus. Die wesentlichen Charakteristika dieser neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus fasste Lenin wie folgt zusammen: Imperialismus ist: „...

- Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;

- Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis des Finanzkapitals;
- der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
- es bilden sich internationale monopolistische Kapitalverbände, die die Welt unter sich teilen, und
- die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ (*W. I. Lenin: Werke, Bd.22, S. 270*) (...)

Heute haben wir es sowohl mit einer Vertiefung der von Marx und Engels beschriebenen Prozesse als auch mit qualitativ neuen Entwicklungen zu tun. Sie vollziehen sich auf dem Hintergrund revolutionärer Veränderungen in den Produktivkräften, insbesondere in den Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien.“

Konkret bedeutet Kapitalismus heute:

- Umweltzerstörung, Raubbau an natürlichen Rohstoffen, Vermüllung und Versauerung der Meere, Entwertung der Böden, ernährungsbedingte Erkrankungen,
- periodische Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit, sich verschärfende Ungleichheit, dramatisch wachsende Armut, Rassismus, Hungersnöte und
- Kriege.

In der Partei DIE LINKE dominiert der schon seit zwei Jahrhunderten bekannte Transformationsansatz à la Bernstein. Dieser ist systemintegrativ und strebt innerhalb des Kapitalismus eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft an. Der soziale und ökologische Kurswechsel soll bei der PdL vermittels des Marktes und des Staates erfolgen. Der Markt sei als Steuerungsinstrument unersetzbar, so die Überzeugung, und der aus seiner Sicht gemeinwohlorientierte kapitalistische Staat habe die Aufgabe, die Defizite des Marktes zu beheben, Bedrohungen abzuwenden und mit Hilfe der Zivilgesellschaft die gewünschten Verbesserungen durchzuführen. Als zusätzliches demokratisches Element sei die Mitbestimmung auszuweiten und die Zivilgesellschaft einzubeziehen. Die gesellschaftlichen Reformen sollen auf dem Weg des Parlamentarismus erreicht werden.

Der „demokratische Sozialismus“ ist bei diesen Linken zwar noch Programmziel, spielt aber in der Praxis keine Rolle mehr. Grundlage dafür ist die Leitlinie Eduard

Bernsteins, dass der Kapitalismus biegsam, wandlungs- und entwicklungsfähig sei. Er brauche daher »nicht gesprengt, (sondern) nur fortentwickelt zu werden. Parlamentarismus, darauf setzen sie heute, die maßgeblichen Genossen jener Partei. Da gilt es Abstriche und den möglichen Koalitionspartnern Zugeständnisse zu machen.

Das Ziel der Linken in der Linken, wie zum Beispiel der Kommunistische Plattform, ist vor allem die Verhinderung der Kampfeinsätze des deutschen Militärs, egal wo immer. Dies entspricht den friedenspolitischen Grundsätzen im Parteiprogramm der LINKEN.

Ob es ihnen gelingt, ist ungewiss, denn es mehren sich Stimmen, zugunsten einer Koalition mit den Kriegsparteien SPD und Grünen von Fall zu Fall über einen militärischen Einsatz der Bundeswehr zu entscheiden.

In dem Zusammenhang erinnere ich mich an Sarah Wagenknecht, die ich in der letzten Phase ihres Wirkens in der KPF erlebte. Da war bei ihr kaum noch etwas von revolutionärem Elan zu spüren. Bei der KPF machte sie dann den Abflug, trat, wie es üblich war, aus dem innerparteilichen Zusammenschluss aus, um im Parteivorstand zu wirken.

Bei der Demonstration im Januar zu Ehren von Rosa und Karl marschierte sie nicht mehr vom Beginn der Demo an in der ersten Reihe, sondern trat erst hinzu, als der Zug in die Straße zum Friedhof einbog und die Presse ihre Fotos machte. Im Jahr darauf sah man sie nur noch bei der Kranzliederlegung am Ehrenmal für die Sozialisten. Inzwischen agiert sie gerne in diversen Talkshows, zugegebenermaßen kluge Reden haltend. Bei Veranstaltungen ihrer Partei erlebte ich sie oft kämpferische im roten Kostüm.

Besonders deutlich wird die opportunistische Haltung der PDL meiner Meinung nach, wenn es um die DDR geht. Da bilden die Äußerungen des Thüringer Minis-

terpräsidenten Bodo Ramelow zur Rechtsstaatlichkeit der DDR lediglich die Spitze des Eisbergs.

Fazit:

Die entscheidenden Merkmale der Politik Partei DIE LINKE heute, zeigen sich in ihrer zunehmend negativen Haltung zur DDR, zur Politik der russischen Regierung, in der Bereitschaft, ihre friedenspolitischen Grundsätze zugunsten eines möglichen Mitregierens über Bord zu werfen und in ihrer Haltung zum sozialistischen Kuba. Dazu sei zum Abschluss ein Kommentar von Günter Pohl in der taz vom 12. Februar zitiert:

Was bleibt?

Es gibt Dinge, über deren Absurdität wundert man sich. Zum Beispiel, wenn sogar die EU verbal für eine Beendigung der Blockade Kubas durch die USA eintritt. Dann wiederum gibt es Verlautbarungen, die nur noch Achselzucken abnötigen; in diese Kategorie gehört, dass Kuba (nach Venezuela und Nicaragua) angeblich die drittgewalttätigste Regierung Lateinamerikas hat. Und es gibt Fakten, über die man sich ärgert. Dazu können Beschlüsse der Partei „Die Linke“ gehören.

Und dann staunt man, dass man sich darüber überhaupt noch ärgert. Der Parteivorstand dieser Partei hat ausgerechnet das den USA politisch so konträre und mit der räumlichen Nähe all deren Aggression ausgesetzte Kuba ohne Gegenstimmen unter dem extrem dreisten Titel „Solidarität mit Kuba“ hinsichtlich einer „Demokratisierung“ abgemahnt. Er bezieht sich dabei indirekt, aber inhaltlich eindeutig auf die rechte, im besten Fall aggressiv-esoterische und nachgewiesenermaßen mit den USA eng verbandelte „Bewegung San Isidro“ als Gesprächspartnerin. Das ist ein schwerer Rückschlag für die so mühevoll aufgebaute Kuba-Akzeptanz in einer deutschen Öffentlichkeit, die ja eine DKP nicht kennen darf und daher „Die Linke“

als Linke vorgekauft bekommt. Und daher ist der Beschluss auch ein nachhaltiger Schlag gegen die gesellschaftliche Akzeptanz linker Politik im Allgemeinen.

Aber es ist nicht der Tabubruch, den das „Neue Deutschland“ danach begeistert konstatierte. Ein Tabu meint eine nicht-diskutierbare, nicht infrage zu stellende Praxis des Verschweigens. Bei weiten Teilen von „Die Linke“ aber ist eine abschätzige Haltung gegenüber Befreiungsbewegungen und dem Versuch, Sozialismus aufzubauen, eine jahrelange, öffentliche Praxis. Deren Medienstar Gregor Gysi hat Fidel Castro als Diktator bezeichnet, ohne dass es daraufhin zu mehr als den auf solche Äußerungen üblichen Reaktionen in Form gut gemeinter Erklärungen von Cuba Sí oder einzelner Bundestagsabgeordneter kam. Wenn es darin – wie im aktuellen Fall – allerdings heißt, dass „nicht alle Vorstandsmitglieder“ verstanden hätten, worum es bei dem Beschluss ging, dass nur „einige wenige“ eine Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei anstreben oder dass nun der „Verdacht einer vergifteten Solidarität entkräftet werden“ müsse, indem man sich jetzt erst recht gegen die US-Blockade Kubas einsetze – dann erklärt sich, warum es immer wieder gelingt, die Linken unter den Mitgliedern beim Windmühlenbekämpfen bei der Stange zu halten. Die alleinige Mobilisierung für eine Forderung, die Unternehmerverbände und fast alle UN-Mitgliedstaaten erheben, ist allerdings gerade einmal so durchschlagskräftig wie die nach „Auflösung der NATO“, wie Gysi sie einst dem US-Botschafter als Trick zur Beruhigung seiner Partei erklärt hatte. Obwohl (oder weil) das geleakt wurde, wird die Formulierung bis heute von der Partei genutzt.

Wer sich für den Sozialismus engagiert, sollte aufhören, Schimären zu produzieren. In der Partei „Die Linke“ ist so viel Gestaltungsspielraum für kommunistische Plattformen oder Freunde eines sozi-

alistischen (und nicht einfach nicht blockierten) Kuba wie in der SPD für Jungsozialisten, wenn diese mehr beanspruchen als jung zu sein. Natürlich haben alle das Recht, ihren Kampf in solchen Parteien zu führen, und natürlich gibt es Haltungen, wonach Menschen Kuba zwar nicht ideologisch, aber materiell unterstützen. Denn hierzulande üben viele Solidarität mit Kuba, wenn auch ohne sich für Sozialismus in Deutschland zu engagieren. Mag

auch solcher Widerspruch zur heutigen Zeit gehören – begrenzt sinnhaft ist er doch. Denn wer konsequent ist, verteidigt die sozialistische Option überall.

What's left? Who's left? Wir sollten Illusionen ablegen und beginnen, die verfügbaren Kräfte zu bestimmen. Es ist an der Zeit."

Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten

Offener Brief des Bundessprecherrates der KPF (Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE) an die Mitglieder von Cuba Sí (Zusammenschluss in der PDL)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, mit Erleichterung und Dankbarkeit haben wir Eure Erklärung »Die Solidarität mit Kuba ist unteilbar!« vom 4. Februar 2021 zur Kenntnis genommen.

Nur, wer sich nie mit der Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents befasst hat, kann glauben, dass von den USA unterstützte Gruppierungen etwas anderes anstreben als einen so genannten Regime Change. Demokratisierung ist hierfür eine verharmlosende Bezeichnung. Diese zielt wohl kaum auf Defizite der Entwicklung sozialistischer Demokratie in Kuba.

Wenn vom Imperium ausgehaltene Kräfte Demokratisierung fordern, dann ist das so, als würden Kriminelle von ihren potenziellen Opfern verlangen, ihre Freiheitsrechte gefälligst nicht einzuschränken. Und dort, wo diese Kräfte an der Macht

sind, verschwinden die Opfer in den Folterkellern oder ganz. Eine Übertreibung? Wer das denkt, soll sich mit der Geschichte und mancherorts auch der Gegenwart von Guatemala, Chile, Brasilien, Argentinien, der Dominikanischen Republik, Kolumbien und anderen Ländern des US-amerikanischen Hinterhofs befassen. Für die Länder, die nicht länger bereit sind, Vasallen des Imperiums zu sein und die von diesem bedroht und durch Sanktionen geknebelt werden, ist es nicht leicht. Und nicht alles, was sie tun, tun sie gerne. Wer sich aber hierzulande hinstellt und meint, denen Ratschläge erteilen zu müssen, die in ihrem Blut ersticken würden, siegen die vom Imperium ausgehaltenen Kräfte, denen möchten wir sagen: »Auf fremdem Arsch ist gut durchs Feuer reiten«!

Venceremos

Eure Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Plattform

7. Februar 2021

In eigener Sache

Wir, die Redaktion des „rotinfo sonneberg“, erklären:

- Das „rotinfo sonneberg“ ist keine Onlineplattform.
- Wenn wir schreiben, „Und wie immer hoffen wir auf Eure Meinung“, meinen wir Lesermeinungen zu Texten in unseren Ausgaben.
- Der Umfang eines Leserbriefes ist im Impressum angegeben.
- Und natürlich muss die Meinung der Leserbriefschreiber nicht die der Redaktion sein.

Seit Kurzem versenden wir unser „rotinfo sonneberg“ auch per Post an Freunde und Genossen, die keinen Internetanschluss besitzen. Dadurch entstehen uns Druck- und Portokosten. Deshalb sind uns Spenden willkommen.

Spendenkonto: Reiner Kotulla, IBAN: DE53 5155 0035 0027 3107 88

Alle Ausgaben des rotinfo sonneberg hier im Archiv:

<https://dkp.de/partei/vor-ort/>

<https://thueringen.dkp.de/rotinfo-sonneberg/>

Weitere Informationen finden sich auf den Webseiten der Wochenzeitung „unsere Zeit“

<http://www.unsere-zeit.de/>



Impressum

rotinfo sonneberg, Hrsg.: DKP-Grundorganisation Sonneberg, Karlstraße 33, 96515 Sonneberg. V.i.S.d.P: Brigitte Dornheim, Reiner Kotulla. Erscheint unregelmäßig.

Leserbriefe, Anfragen, Artikelvorschläge (bis 3000 Zeichen mit Leerzeichen) an:

E-Mail: rotinfo-sonneberg.de oder reiner.kotulla@t-online.de

Wenn Du uns schreibst „Bitte nehmt mich aus dem, bzw. in den Verteiler“, kommen wir dem sofort nach.